

Inhaltsübersicht

Seite

Vorwort	3
Abkürzungsverzeichnis	7
Literaturverzeichnis	10

A. Einführung: Was ist ein Vorhaben- und Erschließungsplan?	11
--	----

B. Satzung über den Vorhaben- und Erschließungsplan

I. Voraussetzungen der Satzung

1. Neuer bauplanungsrechtlicher Zulässigkeitstatbestand	15
2. Planungsbedürftiges Vorhaben	16
a) Vorhaben	16
b) Planungsbedürftigkeit	16
3. Verpflichtung des Vorhabenträgers	21
a) Anforderungen an die Vorhabensträgerschaft	21
aa) Rechtsform	21
ab) Leistungsfähigkeit	23
b) Inhalt des Vorhaben- und Erschließungsplans	24
c) Durchführungsplan	28
ca) Inhalt	28
cb) Form der Verpflichtung	29
cc) Zeitpunkt der Verpflichtung	30
cd) Bindungswirkung der Verpflichtungserklärung	37
ce) Sicherung der Verpflichtung	37
cf) Besonderheiten bei Erschließungsmaßnahmen und -kosten	38

II. Inhalt der Satzung

1. Vorhaben- und Erschließungsplan als Bestandteil der Satzung	39
2. Einbeziehung außerhalb gelegener Grundstücke	40
3. Ergänzende Bestimmungen	41
4. Konformität von Vorhaben- und Erschließungsplan und Satzung	42
5. Begründungspflicht	45

III. Verfahren

1. Einleitung des Verfahrens	45
a) Antrag des Vorhabenträgers	47
b) Anspruch auf ermessensfehlerfreie Entscheidung	48
2. Bürgerbeteiligung	51
3. Beteiligung der Träger öffentlicher Belange	52
4. Interkommunale Abstimmung	52
5. Satzungsbeschluß	53
6. Anzeigeverfahren	53
7. Bekanntmachung	54
8. Änderung und Aufhebung	55

IV. Materielle Anforderungen an die Satzung

1. Geordnete städtebauliche Entwicklung	56
a) Allgemeines	56
b) Erforderlichkeitsgebot	56
c) Landesplanerisches Anpassungsgebot	57
d) Abwägungsgebot	57
e) Exkurs: Großflächige Einzelhandelsbetriebe	57
2. Entwicklungsgebot	58

V. Fehlerfolgen 59**VI. Rechtswirkungen der Satzung**

1. Zulässigkeit von Vorhaben	61
a) Allgemeines	61
b) Ausnahmen und Befreiungen	62
c) Planreife	63
d) Gemeindliches Einvernehmen und Zustimmung der höheren Verwaltungsbehörde	64
2. Teilungsgenehmigung	65
3. Grenzregelung	65
4. Enteignung	66
5. Verhältnis zu Bebauungsplänen	66
6. Investitionsvorrangsgesetz	68

VII. Aufhebung bei Zweckverfehlung

1. Voraussetzungen	69
a) Fristversäumung	69
b) Wechsel des Vorhabenträgers	70
2. Rechtsfolgen	71
a) Keine Entschädigungspflicht	71
b) Andere Ersatzansprüche des Vorhabenträgers	72
c) Planungsrechtliche Folgen.	72

C. Anhang

Anhang 1: § 7 BauGB-MaßnahmenG	73
Anhang 2: Begründung des Regierungsentwurfs zum Investitionserleichterungs- und Wohnbaulandgesetz (Auszug)	75
Anhang 3: Muster einer Satzung über den Vorhaben- und Erschließungsplan	81
Anhang 4: Vergleichende Verfahrensübersicht Bebauungsplan – Vorhaben- und Erschließungsplan	82
Anhang 5: Verfahrensschema Vorhaben- und Erschließungsplan.	83
Stichwortverzeichnis	85